

Staatsbesuche sind ein Ärgernis

Treffen unter Staatsführern sollten mit weniger Belästigung für die Bevölkerung durchgeführt werden



Bruno S. Frey

kes» zu sehen, als die sie sich – zumindest zu Wahlzeiten – gerne bezeichnen. Auf jeden Fall sind Ihnen die den gewöhnlichen Bürgern auferlegten direkten und indirekten Kosten gleichgültig – sie beschäftigen sich ja mit der hohen Politik.

Es stellen sich drei Fragen: Sind Staatsbesuche notwendig? Sind sie sinnvoll? Gibt es bessere Alternativen?

Persönliche Kontakte zwischen Staatsleuten erscheinen im 21. Jahrhundert und eigentlich schon seit der Mitte des letzten Jahrhunderts völlig obsolet. Schliesslich sind Telegraf, Telefon, Fax und Videokonferenzen seit langem vorhanden. Was bringen da noch persönliche Treffen? Hier muss eingestanden werden, dass persönliche Begegnungen den Verhandlungserfolg um ein zusätzliches, wenn auch schwer zu definierendes Element bereichern. Dies ist auch der Grund, warum Manager sich trotz dem technologischen Fortschritt in der Kommunikation nach wie vor häufig treffen und eigentlich dauernd auf Achse sind. Diese Einsicht wird durch die sozialwissenschaftliche Forschung gestützt. Das Verhalten von Personen ändert sich deutlich, wenn von einer abstrakten zu einer persönlichen Interaktion übergegangen wird.

Zur zweiten Frage: Sind die persönlichen Treffen der Staatslenker sinnvoll? Führenden direkte Kontakte zwischen Spitzenpolitikern tatsächlich richtige zusätzliche Einsicht? In dieser Hinsicht müssen zumindest starke Zweifel angebracht werden. Es sei an die (wörtliche, von mir übersetzte) Einschätzung Putins durch Bush nach einem Treffen im Juni 2001 erinnert: «Ich schaute dem Mann in die Augen. Ich fand ihn direkt und vertrauenswürdig. Ich konnte eine Vorstellung von seiner Seele erhalten.» Es dürfte wenige Sachkenner geben, die diese Einschätzung teilen. Sie ist eben höchst persönlich und

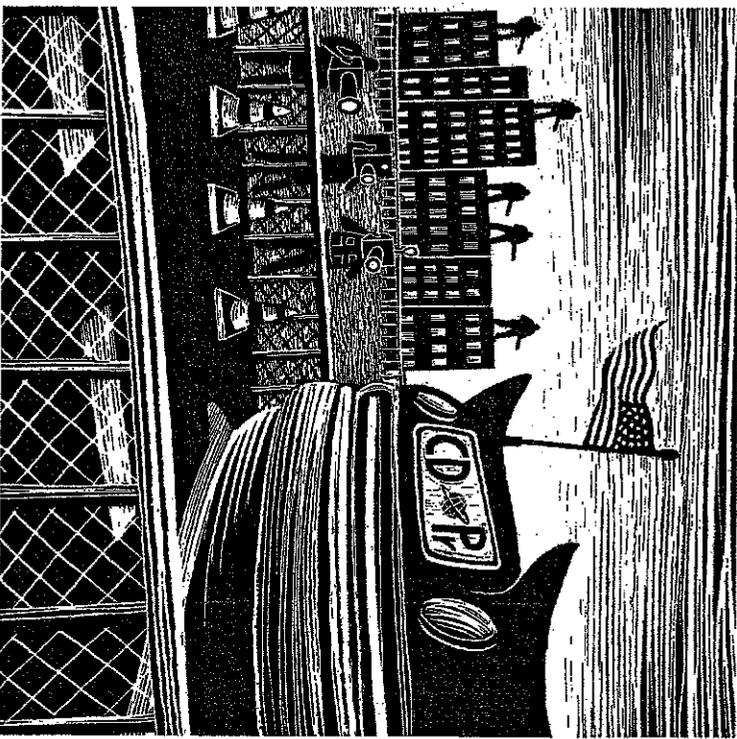


ILLUSTRATION: GABRIOP

nicht sachlich. Auch die triumphale Aussage Premierminister Chamberlains nach dem Treffen mit Hitler in München, er bringe «peace for our time», weil er des Diktators persönliche Zusicherung erhalten habe, erwies

sich als katastrophale Fehleinschätzung. Wenig später eröffnete Hitler den Zweiten Weltkrieg mit dem Einfall in Polen. Ebenso wenig haben Anfang des 20. Jahrhunderts die Verwandschaft und der stetige soziale Umgang der Monarchen untereinander die unüberlegte und fahrlässige Entfesselung des Ersten Weltkriegs verhindert. Der Sozialpsychologe Robin Dawes hat den Einfluss persönlicher Kontakte auf die Entscheidungsqualität untersucht. Er konnte belegen, dass auf der Grundlage persönlicher Interviews mit Bewerbern für Studienplätze deren Studienerefolg

schlecht vorausgesagt wird. Erfolgreicher ist eine sogar nur oberflächliche Durchsicht der eingereichten Bewerbungsunterlagen. Persönliche Kontakte sind somit häufig ungeeignet, um wichtige Informationen für Entscheidungen zu erhalten.

Zur dritten Frage: Gabe es nicht bessere Möglichkeiten als die heutigen Staatsbesuche? Können die von den Politikern als derart wichtig dargestellten Ziele nicht auch auf andere Weise erreicht werden? Es wäre sicher möglich. Als Ökonom würde man besonders darauf achten, dass der Aufwand verringert und damit die Steuerzahler weniger belastet werden. Eine offensichtliche Lösung ist, die Staatsbesuche in eine möglichst abgelegene Militärlagerbasis zu verlegen (was die Kandidat auch schon getan haben). Der Sicherheitsaufwand wird drastisch verringert und die Bevölkerung wesentlich weniger belastet. Wenn die Gespräche wirklich so nützlich sind, wie die Politiker gerne behaupten, können sie auch dort stattfinden.

Selbst die für die Politiker benötigte Medienpräsenz lässt sich weiterführen. Es ist völlig gleichgültig, auf welchem Flugplatz das zeremonielle Willkommen bei der Ankunft und beim Abflug des Gastes stattfindet und durch welche Strassen die schwarzen Limousinen rasen. Beides findet ohnehin unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die oft an Trivialisität nicht zu überbietenden Pressemitteilungen können den Reportern in der Militärbasis zur Kenntnis gebracht werden.

Die heutigen Staatsbesuche sind ein Ärgernis. Sie sollten abgeschafft und durch neue Formen ersetzt werden. Zumindest sollten sie mit weniger Aufwand und Belästigung für die Bevölkerung durchgeführt werden.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaft am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.

«Ich schaute dem Mann in die Augen und konnte eine Vorstellung von seiner Seele erhalten.» (Bush über Putin)